

München, 24.06.2020

## PFC-Belastung: SPD-Umweltsprecher Florian von Brunn begrüßt Klage des Marktes Manching gegen Bundesrepublik

**Auch Bayerns Staatsregierung muss mehr zum Schutz der Bevölkerung vor PFC tun - Solche Fehler dürfen sich nicht wiederholen**

Der SPD-Umweltexperte **Florian von Brunn** begrüßt die Klage des Marktes Manching gegen die Bundesrepublik wegen der Verseuchung der Region mit Per- und Polyfluorierten Chemikalien (PFC), über die der [Bayerische Rundfunk](#) heute (24.06.) berichtet. Von Brunn fordert aber auch vom Freistaat Bayern mehr und schnellere Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung: "Die Staatsregierung und die zuständigen Behörden haben jahrelang zugeschaut, wie PFC-verseuchtes Wasser vom Flughafen Manching abgelaufen ist und die Umwelt vergiftet hat. Hier, wie auch in anderen Landkreisen, wurde viel zu spät gehandelt. Solche Fehler dürfen sich nicht mehr wiederholen!"

Der SPD-Umweltexperte verweist auf die besorgniserregende Neubewertung der beiden Stoffe PFOS und PFOA durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) im letzten Jahr: "Wir wissen, dass diese Stoffe brandgefährlich sind und zum Beispiel Herz-Kreislaufkrankungen oder auch Krebs auslösen können. Außerdem sind Kinder besonders gefährdet. Deswegen brauchen wir regelmäßige flächendeckende Untersuchungen von Lebensmitteln in den betroffenen Regionen wie zum Beispiel in den Landkreisen Pfaffenhofen und Altötting. Genau das fordert auch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR). Stichproben in Abständen von mehreren Jahren, wie sie derzeit in Bayern leider Praxis sind, reichen nicht! "

Die SPD-Fraktion hat dazu einen umfangreichen [Antrag](#) in den Landtag eingebracht: "Wir verlangen, dass auch in Bayern Leitwerte für PFC-belastete Lebensmittel festgesetzt werden, so wie in Baden-Württemberg. Nur so haben die zuständigen Behörden eine klare Handlungsgrundlage und wissen, wann sie handeln und Lebensmittel aus dem Verkehr nehmen müssen!", sagt von Brunn. Bisher werden in Bayern alle möglicherweise betroffenen Lebensmittel vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) einzeln untersucht und beurteilt. Der Abgeordnete fordert weiter: „Die Blutuntersuchungen bei der Bevölkerung müssen in allen betroffenen Regionen durchgeführt und dort, wo sie schon stattfinden, ausgeweitet werden. Vor allem aber müssen die Sanierungsmaßnahmen erheblich beschleunigt werden. Die Staatsregierung tut hier immer noch viel zu wenig."